

# QUARTALSBERICHT

**Projektland: Israel / Palästinensische Gebiete**

**Quartal/Jahr: IV/2011**

## SCHLAGZEILEN

1. Israelisch-Palästinensischer Gefangenenaustausch
2. Siedlergewalt strahlt aus und zielt auf den Sicherheitsapparat
3. Ungewöhnliche Vorfälle folgen auf öffentliche Debatte über einen Erstschlag gegen Iran

### 1. Israelisch-Palästinensischer Gefangenenaustausch

Der israelische Soldat Gilad Shalit gelangte am 18. Oktober 2011 nach mehr als fünf Jahren Geiselhaft im Gaza-Streifen wieder in Freiheit. Im Gegenzug sagte Israel die Freilassung von 1.027 palästinensischen Häftlingen zu, von denen knapp die Hälfte zeitgleich mit Gilad Shalit aus israelischen Gefängnissen entlassen wurden.

Die Grundzüge des Gefangenaustauschs waren bereits im Jahre 2009 durch deutsche Vermittler ausgehandelt worden. Das Verhandlungsergebnis konnte jedoch wegen mangelnder politischer Unterstützung durch die Konfliktparteien nicht umgesetzt werden. Warum nun nach erneuter Vermittlung durch Ägypten ein – aus humanitärer Sicht – weitreichender Erfolg zu verbuchen ist, lässt sich nur mutmaßen. Folgende Argumente wurden benannt:

- *Inner-Palästinensischer Gegensatz:* die nationale Unterstützung für Präsident Abbas und die Fatah war im Zuge der palästinensischen Kampagne für eine Vollmitgliedschaft Palästinas bei den Vereinten Nationen erheblich gestiegen. Parallel sank die Unterstützung für die im Gaza-Streifen regierende Hamas. Hierfür waren Korruptionsvorwürfe und die Unsicherheit durch die Verlagerung von Teilen der Hamas-Führung von Damaskus nach Gaza maßgeblich. Durch den Gefangenenaustausch und der zügigen Befreiung von mehr als eintausend Palästinensern aus israelischer Haft konnte Hamas Sympathien der Bevölkerung erlangen.

- *Antrag Palästinas auf Vollmitgliedschaft:* Parallel hatte auch die Regierung Netanyahu ein Interesse daran, Präsident Abbas durch den Gefangenaustausch zu schwächen. Abbas hatte ungeachtet vehementer israelischer Kritik den Antrag Palästinas auf eine Vollmitgliedschaft bei den Vereinten Nationen eingebracht. Mit der Freilassung von palästinensischen Gefangenen konnte Netanyahu die Fatah gegenüber der Hamas herabsetzen.
- *Auswirkung des „Arabischen Frühlings“:* Mit dem erzwungenen Rücktritt von Präsident Mubarak gewann die ägyptische Muslimbruderschaft, als deren Ableger sich Hamas versteht, an Bedeutung. Die Muslimbruderschaft hatte im ägyptischen Wahlkampf ein deutliches Interesse, als berechenbarer Akteur der ägyptischen Politik zu erscheinen. Durch den Einfluss der Muslimbruderschaft auf die Hamas konnte der Gefangenaustausch realisiert werden. Hierdurch konnte die Muslimbruderschaft Verlässlichkeit und Pragmatismus unter Beweis stellen.
- *Auswirkung der sozialen Protestbewegung:* Ministerpräsident Netanyahus Umfragewerte waren im Sommer durch die israelische Protestbewegung für soziale Gerechtigkeit erheblich gesunken. Breite Schichten der israelischen Bevölkerung protestierten auf den mit Abstand größten Demonstrationen seit langer Zeit gegen das rechte Regierungsbündnis. Zwar richtete sich die Kritik weniger gegen Netanyahus Außen- und Sicherheitspolitik als vielmehr gegen liberale wirtschaftspolitische Inhalte. Mit der Befreiung des israelischen Soldaten entzog sich Netanyahu ein Stück weit dem virulenten Protest, in dessen Zielspektrum er stand.

Rund 80% der israelischen Bevölkerung begrüßte den Gefangenaustausch. Eine Minderheit (darunter Angehörige von Anschlagsoffern) versuchte vergeblich, den Austausch per Gerichtsentscheid zu verhindern. Mitte Dezember wurde der Gefangenaustausch durch die Freilassung der zweiten Gruppe palästinensischer Gefangener beendet (trotz Raketenbeschuss durch den Islamischen Dschihad im Gaza-Streifen). Zumindest für einige Wochen feierte ein Großteil Israels die Rückkehr von Gilad Shalit genauso wie in den palästinensischen Gebieten den Gefangenen zum Teil nach jahrzehntelanger Haft ein großer Empfang bereitet wurde.

## 2. Siedlergewalt strahlt nach Israel aus und zielt auf den Sicherheitsapparat

Militante Übergriffe von jüdischen Siedlern im Westjordanland richteten sich in der Vergangenheit in der Regel gegen palästinensische Ziele. Dabei wurde zumeist palästinensisches Eigentum zerstört und häufig das zerstörte Gut mit dem hebräischen Graffiti-Schriftzug „Preisschild“ beschmiert. Hierdurch sollte der Vandalismus als eine Art legitime Rache für palästinensische Übergriffe

erscheinen, ohne diese weiter zu benennen. Gleichzeitig diente der Schriftzug auch als Bekennerschreiben von gewaltbereiten Siedlern.

In diesem Jahr wurden Preisschild-Anschläge zum ersten Mal auch auf israelischem Territorium ausgeführt. Am 3. Oktober wurde eine Moschee in Galiläa Opfer eines Brandanschlags. Auch der muslimische Friedhof in Jaffa wurde geschändet und eine verlassene Moschee im Jerusalemer Westen mit Graffiti beschmiert. Auch wenn die Medienöffentlichkeit die Anschläge verurteilte, waren tatsächliche Proteste auf den Straßen gegen diesen neuen Vandalismus zahlenmäßig eher gering.

Eine weitere Eskalation zeigte sich im Herbst durch Angriffe von gewalttätigen Siedlern gegen Stützpunkte der israelischen Armee im Westjordanland. So zerstörten jüdische Siedler, die sich Zugang zu einer Einrichtung von Tshal verschafft hatten, Teile des Lagers und griffen die Soldaten mit Steinen und Stangen an. Ein Oberst der israelischen Armee wurde in seinem Dienstwagen mit einem schweren Stein getroffen und erlitt Verletzungen. Dieser Steinwurf wurde in den israelischen Medien mit dem Fall eines palästinensischen Steinwerfers verglichen, dem ein israelischer Soldat in Nabi Saleh/Westjordanland aus nächster Nähe mit einem Tränengasgewehr ins Gesicht geschossen hatte. Während Steine werfende jüdische Siedler nur mit temporären Verhaftungen zu rechnen haben, war der Gewalteinsatz gegen Palästinenser weitaus schärfer. Medien thematisierten in dieser Hinsicht einen unterschiedlichen Grad der Härte beim Mitteleinsatz, aber auch Unterschiede bei der Kategorisierung von Gewalt und bei der Strafverfolgung.

Neben dem unterschiedlichen Umgang mit den gewaltbereiten Siedlern mehrten sich Anfang Januar 2012 auch Hinweise auf eine direkte Unterstützung der Siedler durch Armeeangehörige und Mitglieder der Knesset. So seien nach Presseangaben von einem Abgeordneten des Likud vertrauliche Informationen über die geplante Demontage nicht genehmigter Außenposten von jüdischen Siedlungen im Westjordanland an Siedler geflossen. Ähnliches wurde von Angehörigen der Armee berichtet. Mit diesen Informationen fällt es den Bewohnern von nicht-genehmigten Siedlern leichter, sich gegen einen Abriss ihrer Außenposten zu wehren.

Das Aufflammen der Siedlergewalt führte im Westjordanland zu einer Erweiterung des Sicherheits- und Schutzauftrages der israelischen Armee. Mehrfach sperrte die Armee im Westjordanland die Straßen für palästinensischen Verkehr, um die palästinensische Zivilbevölkerung vor Angriffen gewaltbereiter Siedler zu schützen. Mit diesen Sperrungen ging jedoch auch einher, dass das wirtschaftliche Leben erheblich beeinträchtigt wird. Die Siedlergewalt ist dabei ein Indikator für die Schwierigkeiten von Endstatusverhandlungen, der nicht ohne Abbau von jüdischen Siedlungen im Westjordanland einhergehen wird. Bereits der Abzug der 9.000 jüdischen Siedler aus dem Gaza-Streifen im Jahre 2005 zeigte den Widerstandswillen einiger extremistischer Siedler. Je nach geographischer Bemessungsgrundlage leben derzeit mehr als eine halbe Millionen jüdische

Siedler auf palästinensischem Gebiet. Auch nur der Widerstand eines Bruchteils der Siedler wird den Sicherheitsapparat vor kaum zu bewältigende Herausforderungen stellen.

### **3. Ungewöhnliche Vorfälle folgen auf öffentliche Debatte über einen Erstschlag gegen Iran**

Kurz vor der Veröffentlichung des letzten Berichts der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA zum iranischen Atomprogramm entbrannte im November 2011 in Israel ein heftiges mediales Säbelrasseln. Bereits im Juni 2011 hatte der kurz zuvor aus dem Amt geschiedene Leiter des Mossad Dagan vor einem unilateralen Angriff Israels gewarnt. Im Oktober des Jahres wurde die israelische Presse von Meinungsartikeln überschwemmt, die Sinn, Unsinn, Möglichkeiten und Risiken einer militärischen Antwort auf das iranische Atomwaffenprogramm thematisierten. Parallel berichtete die israelische Presse extensiv von gemeinsamen Militärübungen und Entscheidungen des Kabinetts, die etwaige militärische Planungen unterstreichen sollten.

Während die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Alleingangs Israels durch die mediale Aktivität nicht größer wird und auch keine Bereitschaft der USA für ein weiteres militärisches Engagement zu erkennen ist, wurde der internationale Druck auf Iran durch das hiesige Säbelrasseln durchaus erhöht. Am 2. Dezember verhängten die Vereinten Nationen weitere Finanzsanktionen gegen Privatpersonen und Unternehmungen, denen eine Beteiligung an nuklearen Tätigkeiten und der Entwicklung von Trägersystemen nachgewiesen wurde.

Nachdem die israelische und ausländische Öffentlichkeit sich zunehmend an die kriegerische Rhetorik gewöhnt hatte, mehrten sich Nachrichten über ungeklärte Unfälle in iranischen Einrichtungen, die im Zusammenhang mit dem Atomwaffenprogramm stehen. Anfang November explodierten auf einem iranischen Raketentestgelände rund 35 km westlich von Teheran Teile eines Trägersystems, bei dem neben weiteren 17 Personen auch ein Generalmajor der Revolutionsgarden getötet wurde. Weitere Explosionen in einer Uranaufbereitungsanlage in Isfahan wurden als der Beginn eines verdeckten Krieges gegen Iran gewertet.

Für einen verdeckten Krieg gegen Iran scheint die Regierung Netanyahu und die militärische Führung des Landes die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung zu besitzen. Die Tageszeitung Haaretz berichtete am 3. November 2011, dass 41% der Israelis einen militärischen Angriff auf das iranische Atomwaffenprogramm befürworten würden (39% lehnen dies ab, 20% sind unentschieden). Für eine nadelstichartige Sabotage des Atomwaffenprogramms, sollte diese in israelischer Urheberschaft liegen, scheint es vor diesem Hintergrund noch eine weitaus höhere Unterstützung zu geben.

## Richard Asbeck

Der Autor ist Büroleiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Israel und den Palästinensischen Gebieten

### IMPRESSUM

Erstellt: 23.01..2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [iz@hss.de](mailto:iz@hss.de) | [www.hss.de](http://www.hss.de)